

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

10.8.1921 (No. 184)

Expedition:
Karlsruher
Strasse Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Berantwortlich:
J. B. Redakteur
E. R. u. f.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; - Einzelnummer 25 P. - Anzeigengebühr: die 1mal gesaltene Zeile über deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kaszabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung zwangsweise Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ansperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mahnahmen zur Linderung der Futtermot.

Am 6. August 1921 fand im Ministerium des Innern unter Beteiligung der Vertreter sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen des Landes sowie der Forst- und Domänenabteilung des Finanzministeriums eine Beratung über etwa zu ergreifende Maßnahmen zur Linderung der infolge der Dürre entstandenen Futtermot statt. Da es sich in erster Linie darum handelt, das in guter Beschaffenheit und reichlich geerntete Stroh für Futterzwecke frei zu machen, werden sich die landwirtschaftlichen Verbände die Beschaffung von Torfstreu als Streuerfah angelegen sein lassen. Die Forstabteilung wird hinsichtlich der Abgabe von Futter und Streu aus den Staatswaldungen weitgehendes Entgegenkommen zeigen. Damit auch die privaten Waldbesitzer sich in dieser Hinsicht ihrer Aufgaben bewußt werden, wird darauf hingewiesen, daß die Bundesratsverordnung über die Streu-, Heide- und Weidenutzung vom 13. April 1916 (Reichsgesetzblatt S. 275) noch in Kraft ist. Die Einfuhr von Heu aus dem Ausland kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht. Dagegen werden sich die landwirtschaftlichen Verbände um den Ankauf von Heu und Stroh in den Überschußgebieten des Landes zur Weitergabe an die Bedarfgebiete bemühen.

Die landwirtschaftlichen Verbände werden auch bestrebt sein, nicht nur die von der Reichsregierung aus ihren Reserven zur Verfügung gestellten Kraftfuttermengen (Mais, Kleie und Gerstentrottel) schnellstens zu verteilen, sondern auch Kraftfutter freihändig zur Lieferung an die Landwirte aufzulassen.

Wegen der Gewährung von Koststandstarifen für Raufutter, Torfstreu und dergl. schweben Verhandlungen im Schoße der Reichsregierung, deren Ergebnis abgewartet werden muß.

Alles in allem kann gesagt werden, daß, wenn die Landwirte sich der durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß gegebenen Hilfe bewußt und den ihnen erteilten Weisungen zugänglich sind, das Stroh zu Futterzwecken unter Verzicht auf Kraftfutter verwenden, mit dem Heu sparen, die Abweigung gegen den Gebrauch der Torfstreu überwinden und nach eingetretener Durchbruchung des Wadens Vorkehrungen für die Ausfaat von Grünfutter zur zeitigen Ernte in nächsten Frühjahr treffen, eine überzogene Wflosung von Vieh nicht nötig ist. Die nachteiligen Folgen der Trockenheit werden überwunden werden, wie es auch im Jahre 1911 gelungen ist, ernste Schädigungen von der heimischen Landwirtschaft abzuwenden.

Einschränkung des Versands von Heu und Stroh.

Mit Rücksicht auf den durch die Trockenheit hervorgerufenen Mangel an Futtermitteln und die Kreislauferei im Verkehr mit Heu hat sich das Ministerium des Innern veranlaßt gesehen, die Versendung von Heu und Stroh aus dem Lande gegen die Weibringung eines abgabepflichtigen Frachttriefes, soweit es sich um Wagnistransport handelt, und hinsichtlich jeder anderen Art der Beförderung von der Weibringung eines Beförderungsfahines abhängig zu machen. Zuständig zur Ausstellung dieser Papiere ist die Badische Landesversorgungsstelle in Karlsruhe.

Die polnische Finanzwirtschaft

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Die Einbringung des neuen polnischen Etats im Sejm, die Etatsrede des Finanzministers Steczkowski, sowie die Kritik, die Sejm und Presse am Etat übten, haben von neuem das hellste Licht auf die Finanzlage Polens geworfen. Bei einer vorausgesehenen Einnahme von 135 Milliarden Valenmark und bei einer Ausgabe von 200 Milliarden weist der Etat einen Fehlbetrag von 74 Milliarden auf. Das Bild der Finanzlage Polens ist also grau in grau gehalten, und Finanzminister Steczkowski versucht umsonst, den Eindruck dieses Bildes durch Schönfärberei abzuschwächen.

Was bei dem riesigen Fehlbetrage unerhört erscheint, sind die gewaltigen Subsidforderungen des Kriegsministeriums, auf welches mit 61 Milliarden 30 Prozent der Gesamtausgaben entfallen, während auf die öffentlichen Arbeiten und auf den Unterricht nur 5,7 Prozent kommen. Die Verschuldung des polnischen Staats, die trotz seiner Jugend unglaublich groß ist, lehrt das Gewicht der Rüstungsausgaben Polens erst vollständig kennen. Polen hat allein bei der Landesdarlehenskasse 148 Milliarden Schulden, ungerchnet den etwa 160 Milliarden betragenden Banknotenlauf. Zu diesen Summen gesellen sich diejenigen Schulden, die Polen für die Aufnahme von Anleihen, den Anlauf von Lebensmitteln, militärische Lieferungen usw. im Ausland gemacht hat; sie wurden auf drei Milliarden französischer Franken beziffert, d. h. auf mehr als eine halbe Billion Polenmark! Und dabei gibt es noch weitere auswärtige Schulden Polens, nämlich seine Verpflichtungen aus den Verträgen von Versailles und Saint Germain im Betrage von eineinhalb Milliarden Goldmark und 700 Millionen Goldkronen, ferner Polens Anteil an der Übernahme deutscher und österreichischer Schulden mit 120 Millionen Goldmark, 190 Millionen österreichischer Goldrente nebst 440 Millionen Papierkronen. Endlich führte Steczkowski als weiteren Schuldposten 200 bis 250 Millionen Goldfranken taxe de liberation an

Die Macht dieser Zahlen abzuschwächen, ist die polnische Handelsbilanz, auf die Steczkowski geflüchtig einging, nur herzlich wenig geeignet. Denn die polnische Ausfuhr, die im Jahre 1920 nur 14 Prozent der Einfuhr erreichte, ist zwar im ersten Vierteljahre 1921 auf 33 Prozent der Einfuhr gestiegen; aber diese günstige Entwicklung hat sich schon während des zweiten Vierteljahres 1921 so erheblich verschlechtert, daß der Finanzminister die entsprechenden Zahlen nicht einmal nannte. Der Grund für die Verschlechterung, starker Rückgang der Ausfuhr wichtiger Exportartikel wie Holz und Rapfia, beruht auf den völlig angeschnittenen Transport- und Lieferungsverhältnissen Polens und wirkt damit einen düsteren Schatten auf die weitere Gestaltung der polnischen Handelsbilanz. Die Aufzählung der natürlichen Reichtümer Polens durch den Finanzminister sollte in dieser Hinsicht beruhigend wirken. Was Steczkowski im Zusammenhange hiermit über den Kohlenreichtum Polens sagte, verdient wegen der oberflächlichen Frage die größte Beachtung. Seine Erklärung: Wir besitzen eines der reichsten Kohlengebiete Europas, das nicht ausgebeutet ist, und seine Mitteilung, die polnische Kohlenproduktion habe mit 640 000 Tonnen 90 Prozent der Vorkriegsförderung wieder erreicht, sind zwei schlagende, von maßgebender polnischer Seite gelieferte Beweise dafür, daß Polen auf die oberflächliche Rolle schlechterdings nicht angewiesen ist.

Von der Kritik, die der Sejm an Steczkowskis Budgetrede übte, ist die Feststellung, daß die Einnahmen dreier Monate knapp ausreichten, um die Ausgaben von zehn Tagen zu decken, überaus charakteristisch. Innerhalb der polnischen Presse aber erwarb sich die „Mazepospolita“ den Verdienst, als sie auf die übertriebene Höhe der einzelnen Dispositionsfonds, auf die Zahl der Autos und der überflüssigen Beamten die Aufmerksamkeit lenkte. Die „Mazepospolita“ ist es auch, die dem Kriegsministerium vorhält, daß es seinen 61 Milliarden-Etat mit ganzen 50 Drutzellen begründet, während die anderen Ministerien mehrere Drutzellen zur Begründung ihrer Forderungen nötig haben. Außerdem findet sich nach demselben Worschauer Blatte beim Etat des Kriegsministeriums der Zusatz: „Gemäß Redaktion des Kriegsministeriums“; dies bedeutet, daß das Finanzministerium für jene Forderungen keine Verantwortung übernehme! Wie es ersichtlich ist, daß Herr Steczkowski trotz dem im Amte bleibt, so erscheint es unbegreiflich, wenn der Sejm trotz des riesigen Fehlbetrages bei der Bemessung der Pensionen noch mit vollen zwei Milliarden über die Forderungen des Budgets hinausginge. Solche echt polnische Wirtschaft und das gesamte Finanzwesen Polens zeigen unwiderleuglich, wie schlecht oberflächlich das Gebiet fahren würde, falls es das Unglück hätte, ein Bestandteil des schon heute überfüllten Polens zu werden.

Politische Neuigkeiten.

Die Pariser Konferenz.

Am Dienstag um 11.15 Uhr vormittags ist der Oberste Rat zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten. Es wohnten ihr bei Marshall Hoch und die Generale Wehmann, Allenby, Lerond und De Marini, sowie Sir Harold Stuart. In dieser Sitzung des Obersten Rates ergriß an erster Stelle General Lerond das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor der Ankündigung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gebe eine deutsche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet. Die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und Deutschland könnten jeden Augenblick über 100 000 Mann verfügen. Lerond nannte Obereschlesien einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei.

Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erkannte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Dwyer sich nur erheben hätten, um die Truppen der polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er die Entsendung der Truppenverstärkungen nicht als notwendig bezeichnete, wohl aber sei ein rascher Entschluß für die Aufrechterhaltung der Einigkeit der interalliierten Aktion notwendig.

General de Marini erkannte an, daß die Truppen, über die die Interalliierte Kommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nach der Entscheidung zurückgezogen werden könnten.

Hierauf ergriß Lloyd George das Wort zu längeren Ausführungen über den englischen Standpunkt. Er erklärte dabei etwa folgendes: Man dürfe nicht aus Obereschlesien ein neues Elaf-Lothringen machen. Die Gesamtbevölkerung von 5,2 Millionen enthalte nur 1,2 Millionen Polen. Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme. Lloyd George schloß darauf vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Die Prüfung würde auf folgenden Grundlinien erfolgen: 1. Alle Stimmen müssen für die Zuspredung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zuspredung könne nicht gemeindeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe. 2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Obereschlesiens sei. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe.

3. Die industriellen Gemeinden seien von einander untrennbar, denn sie bildeten eine eigene wirtschaftliche Einheit.

Lloyd George sagte zum Schluß, er verleihe vollständig dem Wunsch Frankreichs, Garantien in Bezug auf seine Sicherheit zu haben. Der Oberste Rat werde sicher darauf Rücksicht nehmen. Wenn Frankreich aufs neue ungerecht angegriffen werde, so werde das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite stehen, aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Gefahr. Es müsse von seinen Siegen nur mit Mäßigung und Billigkeit Gebrauch machen.

Die Sitzung wurde darauf auf nachmittags vertragt. Die Sachverständigen sind sofort zusammengetreten.

Um 4 Uhr 30 Min. wurde Lt. „B. Pr.“ die Sitzung des Obersten Rates wieder eröffnet. Sie wurde begonnen mit einer Antwortrede Briands auf die Ausführungen Lloyd Georges über die bisher folgender Bericht vorliegt: Briand erklärte zunächst, daß die französische Politik keine brutale Gewalt wolle, aber England müsse sich darüber Rechenschaft abgeben, daß es Rücksichten gebe. Wie edelmütig auch die Haltung Frankreichs sein möge, so könne es doch nicht zugestehen, daß die Besiegten ein bevorzugtes Schicksal hätten. Die Alliierten hätten die Entscheidung getroffen, Polen wieder aufleben zu lassen, infolgedessen müsse man Polen die Möglichkeit geben, zu leben. Die Grenzen Polens würden vom völkerrechtlichem Standpunkt aus sorgfältig korrigiert. Die Friedenskonferenz werde zunächst einmütig den Willen, Obereschlesien Polen zuzuteilen. Daraus folge, daß sich Polen große Hoffnungen bezüglich Obereschlesiens gemacht habe, die man nicht sehr enttäuschen dürfe. Briand erklärte, daß er seine Argumente aus deutschen Wählern schöpfe und protestierte gegen die Behauptung Lloyd Georges, indem er erklärte, daß Frankreich niemals die Absicht hatte, die Stimmen der Arbeiter als weniger wertvoll anzusehen, wie die der Landleute. Sodann sprach Briand eingehend über das obereschlesische Industriegebiet und schloß seine Rede mit der Versicherung, man werde zu einem Einverständnis gelangen, weil sonst unberechenbare Folgen entstehen würden. Im übrigen werde sich aber die französische Regierung sehr verständlich zeigen. Nach einer Unterbrechung der Sitzung erörterte man sodann die Orientfrage.

Dem Bericht über die Montagsitzung des Obersten Rates sind noch folgende Einzelheiten nachzutragen: In der Erwiderung auf die Begrüßungsansprache, mit der Briand die Sitzung eröffnete, erklärte Lloyd George, daß das obereschlesische Problem zweifellos die heikelste aller Fragen sei, mit der sich der Oberste Rat zu befassen habe. Von außen heringetragene Komplikationen, die mit der Frage selbst nichts zu tun hätten, hätten seine Lösung erschwert. Trotzdem aber sei er überzeugt, daß, wenn der Oberste Rat den freien Willen habe, zu einer Verständigung zu kommen, eine Lösung gefunden werden könne. Lloyd George schloß sodann vor, zunächst die Sachverständigen zu hören und sodann erst die Frage der Verstärkungen zu diskutieren.

Der englische Sachverständige Sir Cecil Curie warke geltend, daß von den abgegebenen Stimmen 7 Esttel sich für Deutschland und nur 4 Esttel sich für Polen ausgesprochen hätten. Die Abstimmung nach Gemeinden ergebe 13 Dreifünftel für Polen und 17 Dreifünftel für Deutschland. Diesem Resultat müsse die Teilung Rechnung tragen. Für England seien insbesondere die folgenden drei Prinzipien ausschlaggebend:

- 1. Die Grenze muß aus dem Abstimmungsresultat nach Gemeinden mar ert sein.
2. Unter allen Umständen müssen Enklaven vermieden werden, selbst wenn gewisse Minderheiten darunter leiden sollten.
3. Die Gemeinden, die wirtschaftlich zusammenhängen, dürfen nicht getrennt werden.
Auf Grund dieser Prinzipien sehe England das industrielle Dreieck mit den Ecken Weuthen, Gleiwitz und Kattowitz als ein untrennbares Ganzes an. Dieses Dreieck sei deutsch und es müsse deshalb an Deutschland gegeben werden. England erkenne immerhin an, daß in den Randgebieten des Industriegebietes gewisse Konzessionen möglich seien.
Der französische Sachverständige setzte sodann den bereits bekannten französischen Standpunkt auseinander, der die Zuteilung des Industriegebietes und von Pleß und Abnif an die Polen wünscht.

Nach dem „Temps“ lauten die neuen Befehle, die dem Sachverständigen für ihre Beratungen gegeben wurden, wie folgt:

- 1. Jede Stimme muß nach ihrem Wert in Betracht gezogen werden. Man kann nicht zulassen, daß die Stimme eines Bauern mehr wert sei, als die eines Handwerkers.
2. Die industrielle Einheit, die sich zugunsten Deutschlands mit 2:1 Stimmen ausgesprochen habe, müsse Deutschland zugesprochen werden. Die dem Industriegebiet benachbarten Gebiete sollen den Gegenstand erster Beratung und Prüfung sein, damit festgestellt werde, in welcher Weise sie dem Industriegebiet angegliedert werden können.

Ein Attentat auf Joffre und Loucheur.

Der „Gaulois“ meldet laut T.-L. unterm 9. aus Soissons gestern bei der Durchfahrt des ministeriellen Zuges bei Nifly für Kiste wurden Steine gegen die ersten vier Wagen des Zuges geworfen, in denen Marschall Joffre und Loucheur Platz genommen hatten. Ein Fenster wurde zertrümmert. Die Gendarmen bei den Attentäter, einen Arbeiter aus dem befreiten Gebiete, festgenommen.

### Eine niederträchtige Lüge.

Die nationalistische Pariser Presse glaubt auch heute noch die Zuteilung des gesamten Industriegebietes an Polen vertreten zu müssen. Mit welchen Argumenten sie dabei vertritt, zeigt das „Journal des Débats“, das heute die Theorie vertritt, daß der Oberste Rat dem Umfange Rechnung tragen müsse, daß von den 1,3 Millionen Einwohnern des Abstammungsgebietes mindestens 1 Million polnische Abstammung seien. Das Ergebnis der Abstimmung vom 20. März zähle nicht, da es nur durch den deutschen Terror (1!) zu Stande gekommen sei! Diese Behauptung angeht die von Frankreich unterstützten polnischen Terroristen sollte auch dem verblendeten Parteigänger Frankreichs die Augen über die schamlose Verlogenheit der französischen Presse gegen Deutschland öffnen.

### Die Franzosenherrschaft in Oberschlesien.

Unter diesem Titel hat Kammergerichtsrat Dr. Sontag eine Auftragschrift veröffentlicht (Industrieverlag Spaeth & Klein, Berlin), die im einzelnen das französische Verhalten von Beginn der Besetzung Oberschlesiens an (sogar seitlich behandelt, die schmerzhaften rechtswidrigen Eingriffe in Verwaltung und Rechtspflege beleuchtet und namentlich auch die in der Aufstandszeit gezeigte Parteilichkeit in das richtige Licht stellt. Als Beispiele der verschiedenartigen Behandlung von Deutschen und Polen durch die Franzosen erzählt der Verfasser aus der Zeit der Einrichtung der Abstimmungspolizei, die bekanntlich die Sicherheitspolizei ablöste:

Im Gleiwitzer Kreise mußte jeder Kandidat (für die Abstimmungspolizei) durch das polnische Plebiszitkommissariat vorgestellt werden. Meistens waren Deutsche, so erkundigte man sich bei dem polnischen Gemeindevorsteher nach ihnen. War aber der Gemeindevorsteher ein Deutscher, so fragte man nicht ihn, sondern den polnischen Vertrauensmann. In Katowitz empfing die sich Meldenden ein Franzose. Wenn sie deutsch sprachen, war der Oberste nicht da, wenn sie mit einem polnischen Gruß eintraten, wurden sie eingelassen. So wurden sechs Siebentel der Abstimmungspolizei polnisch, und von sieben Hundertschaften, die zur Gruppe Katowitz gehören, waren die Führer von fünf Hundertschaften Polen. Dafür befanden sich aber auch Elemente unter den Polizeianten, wie man wohl in keinem Lande dulden würde, dem es erhehlt um die Errichtung einer Truppe zum Schutze der Sicherheit zu tun ist. Es wurden bei der Katowitzer Hundertschaft zwei Mörder entdeckt, die von der Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt wurden. Ein als Leutnant eingestellter Pole wurde wegen anderer Verbrechen strafrechtlich verfolgt. Zwei Polizeibeamte der Gruppe Schoppinitz mußten wegen räuberischer Erpressung, die sie an zwei Händlerinnen vorgenommen hatten, festgenommen werden.

Diese polnischen Abstimmungspolizisten waren die ersten, die den Aufstand mitmachten, ungehindert durch die französischen Soldaten.

### Der Beginn des neuen Polenputsches.

Nach Blättermeldungen drangen vorgestern Abend bei Rosenberg starke polnische Banden über die Grenze. Deutsche Pöbeams und englische Truppen trieben die Polen nach längerem Gefecht über die Grenze zurück. Wie verlautet, haben die Engländer Verluste gehabt.

Das „Berl. Tageblatt“ meldet weitere Einzelheiten über die Vorbereitungen der Polen zur Eroberung Oberschlesiens. Die Insurgenten haben Leuchtsignale verabredet, die vom militärischen Hauptquartier in Siffnowitz als Zeichen des Beginns des Aufstandes gegeben werden sollen, die vom Kirchturn in Begeßitz weiter gegeben werden. In der Stadt Deutchen haben die Engländer Vorbereitungen getroffen, um vor Überraschungen geschützt zu sein. Sie haben dort die Hauptstraßen besetzt. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Sorau: In der letzten Nacht ist ein Deutscher von den Polen erschossen worden, in Schwallowitz, südlich von Rybels, haben die Polen 3 Deutsche erschossen und mehrere verwundet.

### Ein interessantes Geständnis.

In einem sehr interessanten Geständnis läßt sich die „Liberte“ berichten. In einer Polemik gegen den englischen Standpunkt schreibt sie: Der englischen Regierung, die von der

Aber beherrscht scheint, daß man unter keinen Umständen ein neues Elsaß-Lothringen schaffen dürfe, habe Frankreich zu antworten: Wenn ihr wirklich wollt, daß Deutschland nicht auf Revanche sinnt, so ist es heute bereits dafür zu spät. Dann hätte man ihm nicht seine Kolonien nehmen, dann hätte man es nicht um Danzig und Posen, um Deutschösterreich, das deutsche Böhmen und das deutsche Südtirol bringen dürfen! — Es ist das erste Mal, daß ein nationalistisches Organ Frankreich den rein deutschen Charakter aller dieser Gebiete anerkennt.

### Zur Frage der Besatzungskosten.

Die Konferenz der alliierten Finanzfachverständigen, die gleichzeitig mit dem Obersten Rat in Paris tagt, wird sich u. a. auch mit der Frage der Kosten für die Besetzung des Rheinlandes befassen haben. Der „Temps“, der sich heute mit dieser Frage beschäftigt, sucht nachzuweisen, daß diese Kosten in den Deutschland in dem Londoner Ultimatum aufgelegten Zahlungen nicht enthalten seien; diese seien vielmehr ausschließlich für die Reparation bestimmt. Aus den Ausführungen des „Temps“ geht jedoch hervor, daß man in England diese Auffassung keineswegs teilt. Man vertritt dort vielmehr die These, daß der Artikel 251 des Friedensvertrages, der die Reihenfolge der deutschen Schuldhaftung regelt, die Kosten der Besatzungsarmeen vor den Wiedergutmachungszahlungen aufzählt, daraus folge, daß diese Kosten eine absolute Priorität besäßen und zu allererst von den von Deutschland gemäß dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 zu leistenden Zahlungen zu befreiten seien.

### Eidesverweigerer in Preußen.

Die „Kreuzzeitung“ meldet in einem Artikel unter der Überschrift: „Preußische Beamte und Reichsverfassung“, daß zwei Disziplinargerichtsurteile vorliegen, die die Frage der Verweigerung des Eides auf die Reichsverfassung betreffen. In den beiden Fällen hätten Beamte von Ländern den Eid auf die Reichsverfassung verweigert. Der Disziplinarchof in Hamburg gab den Beamten recht und erklärte den Zwang zur Leistung eines solchen Eides für unzulässig. Anders der Disziplinarchof in Neu-Stettin; dieser erklärte den Eidesverweigerer für schuldig und nahm ihm das Amt. Aus der Verhandlung wird berichtet: Der Staatsanwalt führte aus, daß der Angeklagte zu den öffentlichen Beamten gehöre, die zur Eidesleistung verpflichtet seien, und daß die Eidesverweigerung unbegründet sei. Er beantragte die Entfernung aus dem Amte. Der Kreisrat erkannte nach dem Antrage und erklärte: Die Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. August 1919 sind für jeden Deutschen, gleichviel welchem Mitgliede er angehört, rechtsverbindlich. Zudem bestimmt Artikel 13: Reichsrecht bricht Landesrecht. Der Einwand, daß die Reichsverfassung in ungesetzlicher Weise zustande gekommen und daher ungültig sei, ist in keiner Weise begründet worden; ebenso hat der Angeklagte keinen Beweis dafür erbracht, daß einzelne Bestimmungen der Reichsverfassung in unzulässiger Weise zu der geltenden und vor ihm beschworenen preussischen Verfassung stehen. Seine Eidesaufgabe durch die Erklärung des früheren Königs entbunden sein. Die Verweigerung der Eideserklärung hält der Kreisrat für unbegründet.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Reparationskommission und die amerikanischen Truppen. Die Reparationskommission hat festgestellt, daß sie die Kosten für den Unterhalt der amerikanischen Besatzungstruppen nicht bestreiten könne, d. h., daß sie die von Deutschland erfüllten Beträge nicht auf das Konto der amerikanischen Besatzungstruppen legen kann, wie dies bei den englischen, französischen und belgischen Truppen geschieht. Die Reparationskommission begründet dies damit, daß die amerikanische Regierung den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert hat. Wenn Amerika seine Besatzungskosten, die bereits 275 Millionen Dollar betragen, entschädigt erhalten wolle, müsse es direkt mit Deutschland verhandeln.

\* Die französische „Vorstadt“. Bertinax teilt im „Echo de Paris“ mit, Marshall Foch und die militärische Kommission von Versailles hätten einen Plan ausgearbeitet, um Deutschland zu verhindern, sein Handelsflottenmaterial in Kriegsflugzeuge umzuwandeln und einen Kontrollorganismus zu schaffen, der nach Beendigung der Tätigkeit der jetzigen Entwurfungskommission aufrechterhalten werden solle. Vor zwei

Monaten habe sich die englische Regierung geweiigt, diesem Plane ihre Zustimmung zu geben, und erklärt, nach Artikel 213 des Friedensvertrages sei der Völkerbund allein berechtigt, Überwachungen auszuführen. Auch der Völkerbund habe den Konflikt nicht lösen können und die Angelegenheit an den Obersten Rat weitergegeben.

\* Wieder eine Bergewaltung durch Farbige. Nürnberg erfährt ein neues Verbrechen farbiger Soldaten seine amtliche Bestätigung, das sich im vergangenen Monat in Friederichshaus bei Moers abgespielt hat. Dort wurde die fünfzehnjährige Tochter eines Fabrikarbeiters von drei schwarzen französischen Kolonialsoldaten überfallen. Das Mädchen, das zuerst entflohen konnte, wurde von den Soldaten eingeholt und war bereits von einem bergewaltigt worden, als mehrere belgische Soldaten erschienen, die die Hilferufe des unglücklichen Kindes gehört hatten und es befreiten. Leider konnten die Täter entkommen. Nehod ist laut „Kref. Bl.“ zu erwarten, daß mit Hilfe der belgischen Soldaten, die ihre Namen angaben und erklärten, die Täter bei Gegenüberstellung wieder erkennen zu können, die Farbigen festgestellt werden.

\* Die Gegenrechnung. Der bayerische Landtag hat Ende Juni beschlossen, die Reichsregierung aufzufordern, die bisherigen privaten Veröffentlichungen über völkerverrechtswidrige Behandlung britischer Kriegsangehöriger in den Entente-Ländern amtlich nachzurufen, die Kriegsverbrechen ehemals feindlicher Heeres- und Staatsangehöriger dem Ratbestand nach amtlich festzustellen und die Ergebnisse dieser Erhebungen zu veröffentlichen. In der am Samstag abgehaltenen Sitzung des Verfassungskomitees wurde ein neuer Antrag in der gleichen Richtung gestellt. Die Redner der bürgerlichen Parteien verlangten, daß in dieser Frage die Reichsregierung nun endlich einmal Ernst machen solle; der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber habe die Antwort der Reichsregierung für ungenügend erklärt. Der Vertreter der Regierung, der sich die Auffassung der Antragsteller zu eigen machte, stellte in Aussicht, daß die bayerische Regierung in diesem Sinne bei der Reichsregierung wirken werde. Der Antrag wurde angenommen.

\* Eisenbahnerforderungen. Der deutsche Eisenbahnerverband teilt mit: Am 9. August trafen die Vertreter der großen Eisenbahngesellschaften, deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, Beamten und Angestellten zu einer Beratung über die Durchführung der aus der Kreisregierung auf allen Gebieten sich ergebenden Lohn- und Gehaltsforderungen zusammen. Nachdem die Reichsgewerkschaft erklärt hatte, mit Rücksicht ihrer Angehörigen zum Deutschen Beamtenbund, vorläufig eine Einheitsfront für die Eisenbahner nicht herstellen zu können und ihre Vertreter sich geweigert hatten, gemeinsam Forderungen aufzustellen, erfolgte die Bildung des 16er-Ausschusses, der sich aus den erigennannten drei großen Verbänden zusammensetzt. Über die einzureichenden Forderungen wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Aufgefordert werden sollen die Besätze der Arbeiter, Angestellten, Diätäre, Beamten und Pensionäre. Es soll versucht werden, die Verhandlungen auf schnellstem Wege zustande zu bringen.

DZ. Die Bevölkerung Deutschlands. Die deutsche Bevölkerung, die 64,8 Millionen im Jahre 1910 betrug und die, wenn nicht der Krieg dazwischen gekommen wäre, Ende 1919 auf 72,6 Millionen angewachsen wäre, ist heute auf 61 Millionen gesunken. Der Geburtenausfall macht allein 8,7 Millionen aus, während der Verlust an im Kriege Gefallenen auf 1,7 Millionen berechnet wird. Der Ausfall durch Abtretungen und Abtrennungen des Saarreviers auf 6 Millionen anzusetzen ist.

Ausführungen in Memmingen. Am Samstag Abend kam es in Memmingen, wie das „Memminger Volksblatt“ meldet, zu Ausschreitungen. Die Volksmenge zog vor das Haus des Käsehändlers Wilhelm Rosenbaum und verlangte von ihm, daß er die Milch nicht mehr nach auswärts, sondern für die Stadt liefern und zwar zu einem wesentlich niedrigeren Preise. Zugleich stellten die Demonstranten die Forderung auf Zahlung von einer halben Million Mark für die Amentasse der Stadt. Die Leute ergingen sich in Schmährufen und schloß der Bürgermeister, der vor der Villa erschien, konnte die Menge nicht beruhigen. Anschließend war der Staatsanwalt aufgefordert worden, gegen Rosenbaum einen Haftbefehl zu erlassen. Als der Haftbefehl eintraf, wurde Rosenbaum herausgeholt, in großer Eile durch die ganze Stadt geführt und schließlich in die Gefängnisse gebracht. Die Schulleute mußten alles aufgeben, daß Rosenbaum nicht erschlagen wurde.

\* Zur Hilfsaktion für Rußland. In einem Aufruf an die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

### Die Neugestaltung der badischen Staatssammlungen.

Von Professor Dr. G. R. Meier.

Es ist beinahe ein halbes Jahrhundert verfloßen, seit die staatlichen Sammlungen in das von Verdmüller erbaute Sammlungsgebäude am Friedrichsplatz ihren Einzug hielten. Die Erweiterung und Sammlung badischer Landesaltertümer geht schon auf das Jahr 1846 zurück, als in dem damaligen Groß-Konseruator A. von Wayer, welcher den Altertumsbereich der Kunstdenkmäler und Altertümer erhielt. Vorher bestanden nur zwei antiquarische Sammlungen römischer Steinreliefs, eine im Schloßgarten der Karlsburg in Durlach, die sich in ihren Anfängen bis auf Friedrich VI. zurückverfolgen läßt, die andere in Baden-Baden, welche namentlich die Römerfunde der Stadt und Umgebung enthielt. Der 1804 von dem Kurfürsten Karl Friedrich auf dem dortigen Marktplatz in nächster Nähe der warmen Quellen erbaute dortige Tempel Weindrenners hat leider 1848 dem Badehaus weichen müssen. Dazu kamen seit 1850 die Sammlungen der Einzheimers-Gesellschaft zur Erforschung der vaterländischen Denkmäler der Vorzeit, von dem tüchtigen Sammler Wilhelm seit 1830 angelegt. Die Sammlung wurde auf Vitten der Gesellschaft der Landesammlung einverleibt, um sie gemeinnütziger zu machen und diese auch für die Zukunft in gutem Stand zu erhalten, ein weitblickendes Urteil gegenüber so manchem später aufgetauchten Dezentralisationsversuch. Im Jahre 1858 wurde durch Vereinigung der Durlacher und Badener Bestände die Großh. Altertums-Halle gegründet, für die zunächst mangels eines größeren Gebäudes der Rotbehelf getrennter Aufstellung der Kleinaltertümer in der Großh. Kunsthalle und der Steinreliefs in der östlichen Pavillon des Scheringengartens, der dem Bau des Sammlungsgebäudes zum Opfer fiel und vorübergehend bis zur Fertigstellung des Neubaus in einem Pavillon der Orangerie. Nach dem Einzug in das Verdmüllersche Gebäude prägte man die Bezeichnung „Vereinigte Sammlungen“, aus deren später die Hauptabteilung als „Großh. Sammlung für Altertums- und Völkerkunde“ unter der langjährigen Leitung Ernst Wagners ihren Namen

und ihr charakteristisches Gepräge erhielt“, das vor allem in der systematischen Neuordnung und Aufstellung der Werte der Antike und der Bodenfunde des Landes sowie ihrer Erweiterung und wissenschaftlichen Vertiefung bestand. Wagners „Funde“ und die Herausgabe der Kataloge der Vasen von S. Winnefeld und der Bronzen von Karl Schuhmacher (jetziger Direktor des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz), der als Archäologe und Prähistoriker in Karlsruhe seine glänzende Laufbahn begann, geben nebst vielen Einzelabhandlungen von dieser Blütezeit und wissenschaftlichen Kulturbarmachung der Sammlungen bereitetes Zeugnis. Kasächlich standen die „Vereinigten Sammlungen“ bei Gelehrten und Forschern, namentlich bei Archäologen, in hohem Ansehen wegen ihrer wertvollen Bestände und ihrer vorzüglichen Antikentkataloge. Geheimrat Wagner hatte sich außerdem um den Ausbau der Sammlungen für Völkerkunde große Verdienste erworben und verstand es insbesondere, die Bodenfunde des Landes zu zentralisieren und durch Ausgrabungen ein möglichst vielseitiges Bild über die vorgegeschichtliche Entwicklung des Landes zu geben. Er hat wiederholt durch seine Erfahrungen auf die bedeutenden Gefahren hingewiesen, die eine Dezentralisation in der Bodenforschung zeitigen muß und sie als Landeskasse unter seiner Leitung als Konseruator zu großer Bedeutung gebracht. In den vorhandenen Beständen kam noch eine Abteilung von besonderem Wert, die alten Waffen, welche das Museum der Mumifizierung des Großherzogs verbandt. Die Sammlung enthält zum Teil prächtige Stücke der alten Großh. Waffenkammer, Dieb- und Stichwaffen des Mittelalters und den Rest des ehemaligen Zeughauses. Als hervorragendstes badisches geschichtliches Zeugnis birgt das Museum die berühmte Sammlung der Trophäen des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden aus den Türkenkriegen, die Türkenbeute: orientalische Waffen, Pferdeausrüstungen, seltene Teppiche und Siderenien, dazu die Ausrüstung des siegreichen badischen Feldherrn selbst mit dem Marschallstab. Später kam auch die Abteilung badischer Volkstrachten in Original und Schwarzwalder Hausgerät hinzu, das im Auftrag der Regierung in den Jahren 1891–1900 von dem Maler Edert zusammengebracht und durch die Schwarzwaldsammlung von Oskar Spiegelhalter in Lengkirch später eine umfangreiche Erweiterung erfuhr.

\* Wagner, über Museen und über die Großh. Staatssammlungen für Altertums- und Völkerkunde, Karlsruhe 1906.

Der Verdmüllersche Bau am Friedrichsplatz hatte als Museumsbau seine bedenklichen Mängel durch die Beschädigung von zwei Hauptseiten, so daß ein erschwertes Aufstellen durch mangelndes Ausnügen der Wände und durch Gruppierung der Vitruvina zu beiden Seiten eines künstlich geschaffenen Mittelgangs eine Zerrissenheit in die ganze Anlage brachte, zumal der hohe Hallencharakter auch die Geschlossenheit der Abteilungen beeinträchtigte. Es fehlte eben 1875 noch an den nötigen Erfahrungen, und der Fassade zuleist entstanden im Innern nächster hohe Hallen ohne Bezug zum Inhalt. Die übersichtliche Anordnung war dadurch sehr erschwert und wurde durch das beständige Anwachsen der Bestände immer schwieriger. Die Denkmäler des Mittelalters und der späteren Epochen mußten jahrelang magaziniert bleiben, so daß die jegliche Ordnung der Schätze in Freiheit und Licht überraschungen selbst bei Kennern hervorruft.

Längst war man sich einig, daß nur ein zweckmäßiger Neubau Abhilfe schaffen könne, aber es ist trotz eifriger Pläne nie dazu gekommen. Allmählich erstand draußen am Hardwald den Sammlungen ein Rivale im „Kunstmuseum“, das 1889 durch die Initiative von Direktor Hermann Götz und Professor Dr. Marc Rosenbergs in Verbindung mit opferbereiten Mitglidern und Gönnern des Bad. Kunstgewerbevereins begründet wurde, das nicht wissenschaftliche, sondern praktische Zwecke verfolgte, und der Kunstgewerbeschule, mit der es in Personalunion stand, in erster Linie Anschaffungsmaterial beschaffen wollte. Es war die Zeit der „deutschen Renaissance“ und in einem großen einheitlichen Plane sind damals in Deutschland Kunstgewerbemuseen gegründet worden, deren Bestände bald zum Gemeingut der Zeit in Regensburger wurden. Die gleiche Begeisterung für die alte Kunst umschloß Schule und Museum, äußerlich durch das gleiche Gebäude und innerlich durch die Werkschätzung des Alten bis zur geistvollen Nachahmung. Als private Gründung ist das Kunstgewerbemuseum entstanden, aber bereits durch Erlaß des Ministeriums des Innern vom 23. Oktober 1891 zum Staatsinstitut erhoben worden. Während das Museum sich erweiterte, zog sich die Schule immer mehr in den zweiten Neubau zurück. Die glänzende Sammeltätigkeit Karl Hoffmanns hat es zu einem raschen Aufstieg geführt und in dessen süddeutschen und schweizer Zimmern uns Werke des Raumkunst von unschätzbarem Wert hinterlassen.

(Schluß folgt.)

erklärt der Vorsitzende des Bundes, Reichart, daß der Vorstand des R.N.D. mit ihr gemeinsam eine Hilfsaktion für das vom Hunger und Seuchen bedrohte Russland zu veranstalten, nicht Folge leisten könne. Die Arbeiter Deutschlands seien angefüllt der Lage, in der sie sich gerade befinden, beim besten Willen nicht imstande, durch Geldsendungen eine solche Summe aufzubringen, mit der gegen die Hungersnot in Sowjetrußland irgend etwas auszurichten ist. Die Arbeiter könnten sich nur an einer Hilfeleistung zur Bekämpfung der Cholera und anderer Seuchen, die in Russland wüten, beteiligen.

**Amerikanische Vorwürfe gegen Hoover.** Die amerikanische Zeitschrift „The American Monthly“ erhebt gegen Herbert Clark Hoover den Vorwurf, die für die deutschen Kinder bestimmten 11 Millionen Dollars aus den von Hoover geleiteten Unterstützungsvereinen nicht diesem Zweck entsprechend verwendet zu haben.

**Ein neuer Riesenstreik steht unmittelbar im italienischen Textilgewerbe bevor,** dessen Fabrikanten wegen schlechter Konjunktur die Lohnverträge kündigten, worauf die Arbeiter beschloßen, in ganz Italien am 11. August in den Streik einzutreten.

**König Ferdinand von Bulgarien hat nach einer englischen Mitternacht am letzten Dienstag den Versuch gemacht, mit der Eisenbahn nach Bulgarien zurückzufahren,** wurde aber an der Grenze nicht durchgelassen. Es soll sich um eine Verschönerung gegen den Ministerpräsidenten handeln.

**Die Kämpfe in Marokko.** Wie Gagos aus Madrid erfährt, rechnet man dort damit, daß in zehn Tagen 50 000 Mann in Marokko sein werden und daß die Garnisonen von Ceuta, Tetuan und Larache durch 30 000 Mann verstärkt werden. Die Aufständischen sollen erbitterte Kämpfe gegen die Reste der Kolonne Anzara führen, die im heldenmütigen Widerstand auf dem Berge Artuit trotz ihrer Verluste ausharren.

## Badische Übersicht. Teuerung und Verbraucher.

II.

Im Verlauf der nach der Rede des Ministers stattgefundenen Aussprache wies zunächst Gewerkschaftssekretär Hof an Hand von Zahlen auf die ungeheure Preissteigerung des Obstes, ferner auf die starke Belastung der sozialen Einrichtungen, auf die Wirkung des neuen Wohnungssteuergesetzes und der Kohlenpreissteigerung hin. Der Redner begrüßt die entschlossene Stellungnahme der Regierung bezüglich der Erhöhung der Löhne und Gehälter der Beamten und Staatsarbeiter und bittet die Regierung nachdrücklich, aus ihrer Reserve herauszutreten und sich um eine Verständigungsbasis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisation in der Frage der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung zu bemühen.

Der Redner vermißt, wie die Mehrzahl der folgenden Redner, den Bezug von Vertretern der Arbeitgebererschaft. Gewerkschaftssekretär Albert betont im Anschluß an die Abschätzung der Lohnforderungen der Arbeiter die Ernst der Situation. Es dürfe nicht übersehen werden, daß dieser Vorgang unter der Mannheimer Arbeitererschaft schwerste Beunruhigung hervorgerufen habe, und daß die Unruhe der letzten Tage sich zu einer schweren Krise entwickeln werde, wenn nicht rechtzeitig in den Arbeitsverhältnissen Verständnis dafür Platz greife, daß es sich nun darum handle, durch die schwere Notlage ohne eine verhängnisvolle Schädigung der Arbeitererschaft hindurchzukommen. Die Regierung müsse im allgemeinen Interesse auf die Unternehmerkreise energisch einwirken, um einen in seinen Folgen unabsehbaren, scharfen sozialen Kampf zu verhindern.

Minister Kemme hob gegenüber den Bemerkungen über das Fehlen von Arbeitgebervertretern hervor, daß seitens des Ministeriums des Innern lediglich an eine Aussprache über die Wünsche und Anregungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes — Preisregulierung, Arbeitsverbot usw. — gedacht gewesen sei. Für die Annäherung von Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft sei das Ministerium des Innern nicht zuständig, der Minister schlägt vor, aus Vertretern der an der Konferenz teilnehmenden Organisationen eine Deputation zu bilden, mit der er dem Arbeitsministerium die Notwendigkeit und den Wunsch einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern der Arbeitgeberorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Neuregelung der Löhne unterbreiten wolle. Ein außerordentlich wirkungsvolles Mittel der Selbsthilfe sieht der Minister im Ausbau und in der Stärkung der Verbraucherverorganisationen, denen in ungleich höherem Maße Interesse entgegengebracht werden müsse, als das bisher der Fall gewesen sei.

In der weiteren Aussprache wurden die Schäden des Rückertums gesehelt, die Notwendigkeit einer weitgehenden Ausschaltung der zahllosen Zwischenhändler zwischen Erzeuger und Verbraucher betont und die Bildung von paritätischen Preiskommissionen nicht nur an großen Verbraucherplätzen, sondern auch in den Erzeugerbezirken als dringend bezeichnet und empfohlen. Im Hinblick auf diese Forderung machte der Minister darauf aufmerksam, daß die Bezirksämter und Gemeinden durch das Ministerium auf die Zweckmäßigkeit der örtlichen Preisprüfstellen oder Preiskommissionen wiederholt hingewiesen worden sind. Außerdem sei einer in der Aussprache geäußerten Anregung, die behördliche Preisprüfungsarbeit einem erfahrenen Sachmann im Ministerium zu übertragen, bereits damit entsprochen, daß Regierungsrat Dr. Hofmann beim statistischen Landesamt die Bearbeitung der Preisprüfungsfrage übernehme. Es sei außerordentlich wichtig, der Regierung und ihren entsprechenden Organen stichhaltiges und umfassendes Material über die Preisbewegung an die Hand zu geben.

In seinem Schlußwort bat der Minister u. a. in der Frage der Neuregelung der Löhne und Gehälter nicht zu übersehen, daß wir in Baden Industrien haben, die tatsächlich keine großen Gehaltssteigerungen zu ertragen imstande seien. Schiffbauindustriellen, mangelfaste Rohstoffversorgung usw. hätten die Konkurrenzfähigkeit gewisser Industrien fast in Frage gestellt, und es dürfe nicht übersehen werden, daß wenn wir nicht bald weiche Kohle zur Verfügung hätten, mit einer Abwanderung gewisser Industrien zu rechnen sei. Die Regierung werde, was in ihren Kräften liege, aufbieten, möge nicht falsch zu einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Anpassung der Löhne an die Teuerung zu gelangen. Der von der Verammlung lebhaft begrüßte Vorschlag, das Arbeitsministerium durch eine Deputation von dem Ergebnis der Aussprache in Kenntnis zu setzen, soll alsbald zur Ausführung kommen. Es sei nicht zu zweifeln, daß bei beiderseitiger Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der Weg zu einem Ausgleich der Gegensätze sich finden lasse.

### Verbandstag Neudeutschland.

DZ. Freiburg, 9. Aug. Verbandstag Neu-Deutschland. Heute vormittag begannen, nach einem von Erzbischof Dr. Frick geleiteten Pontifikalamt im Münster, in der sehr gut besuchten Kathedrale um 10 Uhr die auf drei Tage berechneten Beratungen.

**Gesamthema: Religion.** Das erste Referat „Die Religiosität des Neudeutschen“, hatte der Gauleiter Steigemann übernommen, der sich hauptsächlich über die Vertiefung der Religion innerhalb des Verbandes ausließ. Der Redner regte an, den 8. Dezember eines jeden Jahres mit einer Feierschau sämtlicher Neudeutsche-Gruppen festlich zu begehen. Dieser Antrag wurde bei der späteren Abstimmung einstimmig angenommen. An Stelle des Schriftstellers Leo Weismantel sprach Vater Matthäus O.F.M. über das Thema: „Der Kampf für die Reinheit“. Das letzte Referat hatte Gauleiter Hans Walz übernommen, der über den „Märtyrerdienst“ sprach. Es wurden schließlich noch verschiedene Anträge angenommen.

**Freiburg, 9. Aug.** Der Verband katholischer Schüler höherer Lehranstalten beendete die Beratungen des heutigen Tages mit einer Oration für den Erzbischof Dr. Karl Frick. Vom Karlsplatz aus bewegte sich ein Fadelzug mit den etwa 2200 Teilnehmern an der Tagung unter Vorantritt einer Musikkapelle nach dem erzbischöflichen Palais. Auf dem von einer gewaltigen Menschenmenge besetzten, von zahlreichen Fadeln, Lampen und Bannons beleuchteten Münsterplatz hielt nach einigen Musik- und Chorborträgen ein Vertreter einer Gruppe „Neudeutschland“ eine kurze Ansprache, worin er dem deutschen Episkopat, der bisher dem Verband „Neudeutschland“ stets wohlwollend entgegengebracht, das Treuegelübdis im Namen seiner Kameraden aussprach. Erzbischof Dr. Karl Frick hielt sodann vom Balkon seines Palais aus eine Ansprache an die Versammelten, worin er ihnen in herzlichster Weise für die Oration dankte, den Wunsch aussprach, daß sie die hier bewiesene hohe Auffassung und den idealen Schwung in ihren Vorträgen beibehalten und stets so begeistert von der hohen Idee bleiben möchten, der sie zu dienen versprochen haben, und daß sie ferner die Wiederaufrichtung des Vaterlandes zielbewußt im Auge behalten und weiter verfolgen möchten.

### Dr. Ludwig Haas über das Nationalgefühl.

Der demokratische Parteiführer Ludwig Haas schreibt in der Wochenchrift „Die Hilfe“ über das Nationalgefühl: Viele sprechen von ihrem Nationalgefühl und brüsten sich damit; trotzdem ist ihr Nationalgefühl schwächer als das mancher anderen Leute. Reife spricht man von dem, was man am tiefsten denkt.

Auf der tiefsten Stufe nationalen Empfindens steht der, der anderen ihr Deutschtum abspricht.

Schon einmal sprach einer von vaterlandslosen Gesellen. Millionen der vaterlandslosen Gesellen sind in treuer Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen. Im Kriege mußten alle, daß das Wort von den vaterlandslosen Gesellen ein böses Wort gewesen war. Aber schon jetzt wieder geht das verbrecherische Wort im Lande um.

Ich höre die Rechtsradikalen und die Hakenkreuzler heulen den anderen ihr Deutschtum bestreiten. Wie klein und arm wäre Deutschland, wenn nur sie Deutsche wären.

In der Front müssen merkwürdig wenig von jener bösen Sorte gewesen sein, die jeden verteidern, der sich der herrschenden Phrase entgegenstellt. Sie sind nicht gefallen, denn sie schrien wieder so laut, wie vor dem Kriege. Sie waten nicht im Schlingengraben, denn dort hätten sie gelernt, daß Menschen verschiedenen politischen Glaubens ihr Vaterland in gleicher Weise lieben.

Von Vaterlandsiebe soll der nicht sprechen, der aus Wut über die Steuern oder aus Jammer über den verlorenen gesellschaftlichen Glanz politische Stellung nimmt. In einem rechtsradikalen Dementi wurde vom Vaterland gesprochen und gleichzeitig gesagt: „Alle vornehmen Leute sind bei uns!“

Die Monarchie ist nicht das Vaterland. Die Republik ist nicht das Vaterland. Aber der liebt nicht sein Vaterland, dem die Staatsform alles und das Volk nichts bedeutet.

Jedes Volk war schon in höchster Not. Verloren aber ist es dann, wenn selbst die Vernünftigen es zulassen, daß der Haß gegen eigene Volksgenossen bis zur Siebeshöhe getrieben wird. Man muß die Wahrheit verbreiten, daß die Freßlügen des Haßes Verbrecher sind.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 42 des **Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes** hat folgenden Inhalt: Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperverwaltungsbeamte. — Verordnung des Ministeriums des Innern: Schrotmühlen.

#### Verkehrsperren.

Die Annahmeperrre für Frachtgüter nach Stationen des Direktionsbezirks Köln ist bis einschließlich 13. August außer Kraft gesetzt. Die Sperrre für Frachtgüterabladungen bleibt dagegen bestehen. Von letzterer sowie von der am 14. August wieder einsetzenden Sperrre für Frachtgüter sind Lebensmittel, Futtermittel und Saatgut ausgenommen.

Von der Annahmeperrre für Eil- und Frachtgutabladungen nach Stationen des Rheinoberrheingebiets mit Leitung über Wiesbaden sind ausgenommen: Lebende Tiere, Lebensmittel (einschließlich Wein, Bier, Mineralwasser), Futtermittel, Bekleidungsgut, Umzugsgut, Wiederaufzugut, Kopfen und Rehgüter für die Leipziger Messe sowie Sendungen nach dem Ausland. (Für Stationen des Direktionsbezirks Köln siehe oben.)

#### Eisenbahnbrand.

Bei Wollstein Gedächtnis zwischen Friedrichsthal und Wannenloch geriet bei geklirtem Güterzug 6868 drei Wagen Stroh in Brand, wodurch die Gleise beschädigt und gesperrt wurden. Die durchgehenden Züge der Rheinthalbahn werden über Weiskal umgeleitet, der Personenverkehr auf der Anstaltstrecke wird mit Pendelbetrieb aus Graben-Neudorf und Karlsruhe bis zur Unfallstelle mit Umsteigen baselbst aufrecht erhalten. Die Gleise werden voraussichtlich im Laufe des Dienstag vormittag wieder frei.

**Weinsteuer.** Wir machen auf die Bekanntmachung im heutigen Blatte aufmerksam.

DZ. Zur **Heidelberg Nordbäckerei.** Zu den in Lorrach-Etten vorgenommenen Verhaftungen teilt nunmehr die zuständige Staatsanwaltschaft mit, daß die beiden Verhafteten mit dem Heidelberger Nord nicht in Verbindung stehen. Nachdem sie wegen unbefugter Grenzüberschreitung, Betrugs und Landstreicherei die ihnen zubilligte Strafe verbüßt haben, wurde der eine auf freien Fuß gesetzt, während der zweite anderen Beförden zur weiteren Strafverfolgung ausgeliefert wird.

DZ. **Wetzheim, 6. Aug.** Bei der anhaltenden Trockenheit beginnt der Rhein von Tag zu Tag mehr zu verschnindeln. Bei Reichenhausen liegt ein sogenannter Weinstein oder Hungerstein trocken, der die Jahreszahlen 1776, 1800, 1810 bis 1811, 1842, 1884/1886, 1898 und 1911 trägt. Das Zeichen für 1908 ist das tiefstliegende und entspricht dem niedrigen Wasserstand mit 59 Zentimeter Wetzheimer Pegel. Der bisherige Wasserstand ist um etwa 12 Zentimeter niedriger. Am 1. August ward mit 46 Zentimeter Pegelstand der niedrigste, bis jetzt nachweisbare Wasserstand erreicht.

DZ. **Redarsteinach, 6. Aug.** In der Nacht zum Freitag entstand hier ein großer Brand, durch den vier Häuser zerstört wurden. Das Feuer brach in dem Hause des J. Fischer aus und verbreitete sich von hier in kurzer Zeit auf die übrigen Gebäude, die fast ganz niedergelegt wurden. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Die Feuerwehr war mit großer Energie und Umsicht tätig, so daß der Brand lokalisiert und gelöscht werden konnte. Gegen morgen war jede weitere Gefahr beseitigt.

DZ. **Badenburg, 5. Aug.** Über Stadt und Gemarkung ging am 3. d. M. ein schweres Hagelwetter, wie es seit Menschenedenken hier nicht gehaust hat. Straßen und Felder lagen wie mit Eisstücken besät.

DZ. **Mannheim, 6. Aug.** Die Milchversorgung der Stadt Mannheim ist in den letzten Tagen um 20 000 Liter zurückgegangen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind die anhaltende Trockenheit, der damit in Verbindung stehende Mangel an Futter und schließlich auch der Mehrbedarf der Landwirtschaft selbst an Milch während der Erntezeit. Zurzeit erhält Mannheim nur circa 36 000 Liter Milch.

DZ. **Heidelberg, 8. Aug.** Nach längeren Verhandlungen zwischen der Schlosshotel A.G. und der Stadt Heidelberg ist das Heidelberger Mittelstandssanatorium gesichert. Darnach überträgt die Schlosshotel A.G. ihre Brandschadensforderung nebst sämtlichen Forderungen an die Gebäudesicherungsanstalt an die Stadt Heidelberg, wogegen diese sich verpflichtet, die Brandsumme zur Erstellung eines Sanatoriums mit 50 Betten zu verwenden.

DZ. **Ettlingen, 6. Aug.** Bei der hier vorgenommenen Frühobsterlese wurden insgesamt 7230 M. erlöst, gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 3740 M. Der Rentner Obst stellt sich so auf rund 100 M., dabei es noch gepflückt werden muß.

DZ. **Stutt, 8. Aug.** Zum dritten Male in vier Tagen brannte es gestern hier. Im Leopoldsdöring bei der Wallon 12 war Feuer ausgebrochen. Der Lagerplatz des Zimmermeister Reininger stand in hellen Flammen. Der große Schuppen, die Werkstätte mit elektrischem Betrieb, große Holz- und Futtervorräte und einige Wagen fielen den Flammen zum Opfer. Das Feuer fand in dem leicht brennbaren Material reichen Stoff. Die rasch herbeigeholte Feuerwehr und hilfreiches Zivil betämpfte erfolgreich den Brand und konnte ein weiteres Umsichgreifen des entsestellten Elementes verhindern. Glücklicherweise sind Menschenleben vor Schaden bewahrt geblieben.

DZ. **Wühl, 7. Aug.** Vor einigen Tagen hat bekanntlich Stadtpfarrer und Abg. W. Wühl in Wühl an die Obsterzeuger einen Aufruf zur freiwilligen Abgabe größerer Mengen von Obst an die notleidende Bevölkerung in den badischen Städten erlassen. Dieser Aufruf hat allenthalben im Böhmerland freudige Aufnahme gefunden. In der letzten Nummer der „Aber- und Wähler Woten“ wird mitgeteilt, daß die Hilfsaktion in der Obsterzeugung sehr großzügig zu werden verspricht. Schon mehrere Gemeinden haben je hundert Körbe zur Auffüllung mit Obst angefordert.

DZ. **Wiesbaden, 6. Aug.** Am Mittwoch ging ein schweres Gewitter mit Hagelschlag über die Gemarkung nieder. Die Getreidefelder, Gärten und Häuser wurden schwer beschädigt. Die Festigkeit des Sturmes war außerordentlich, sogar beladene Garbenwagen wurden von seiner Gewalt umgeworfen.

DZ. **Bad Dürkheim, 6. Aug.** Im Hause von Wilhelm Griebhaber entstand ein Brand, der in kurzer Zeit das Gebäude einscherte. Der Brandschaden wird auf ungefähr 100 000 M. geschätzt, nur wenig Inventar konnte gerettet werden. Die Feuerwehren aus der Nachbarschaft, u. a. auch von Willingen und Schweinigen waren herbeigeeilt, es gelang ihnen auch, die vom Feuer stark gefährdete Nachbarschaft, mit Schindeln gedeckte Häuser, vor dem verderbenden Element zu bewahren.

### Aus der Landeshauptstadt.

Mitteilung aus der Stadtratssitzung vom 4. August 1921.

Hilfe für die Abgebrannten in Löffingen, Amt Reustadt i. Sch. Das V. germeisterrat hat dem Gemeinderat der Stadt Löffingen, Amt Reustadt i. Sch., die am 28. v. M. von einem jäheren Brandunglück heimgesucht worden ist, die aufrichtige Teilnahme der Stadtratsbevölkerung an diesem Mißgeschick ausgesprochen und sich bereit erklärt, falls erwünscht, an einer Hilfsaktion für die Abgebrannten teilzunehmen. Ferner hat der Stadtrat beschlossen, zur Linderung der großen Not der von dem Brandunglück Betroffenen Velleidungsfüße (Anzüge, Unterkleidung, Schuhe) im Werte von 5000 M. zu spenden.

**Kindergartenarten für den Stadtgarten.** Auf Antrag des Arbeitsausschusses der Stadtgartenkommission wird beschlossen, Kindern, die die Schule besuchen oder noch nicht schulpflichtig sind, den Besuch des Stadtgartens während der Ferien d. i. im Monat August und in den Tagen des 1.-15. September d. J. versuchsweise dadurch zu erleichtern, daß ihnen auf Ansuchen Dauerkarten („Ferienkarten“) zum Preise von 2 M. das Stück an den Schalterassen des Stadtgartens abgegeben werden. Nur solche Kinder erhalten die Karten, die noch nicht im Besitz von Schüler- oder Weistarten sind. Die Karten werden auf den Namen des Inhabers ausgestellt und sind nicht übertragbar. Beim Besuch von Musik- und sonstigen Aufführungen sind die üblichen Zuschläge zu zahlen. Kinder unter 10 Jahren dürfen den Stadtgarten — wie allgemein vorgeschrieben — nur in Begleitung eines Erwachsenen betreten.

**Vorstandsitzung des Städteverbandes.** Der Vorsitzende berichtet über die Verhandlungen und Beschlüsse des Vorstandes des Badischen Städteverbandes aus seiner Sitzung vom 25. v. M.

**Förderung des Völkertumswissenschaftlichen Instituts an der Techn. Hochschule.** Für die Herstellung eines Völkertumswissenschaftlichen Instituts für das neu gegründete Völkertumswissenschaftliche Institut (Technische Hochschule) hier bewilligt der Stadtrat die Summe von 1800 Mark aus der Stadtkasse.

**Den Verkehr mit Brennholz betr.** Mit einer neuerdings erschienenen Verordnung des Ministeriums des Innern ist der bisher bestehende Genehmigungszwang für den Brennholzversand beseitigt worden.

DZ. **Unterrichtsverlegung während der Hitze.** Nach einer Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht werden die Kreis- und Schulämter ermächtigt, auf Antrag der Orts- und Schulbehörden und nach Anhörung des Schul- und Bezirksarztes für die Dauer der großen Hitze den gesamten Unterricht an den Volks- und Bürgerschulen auf die Zeit von 7-12 Uhr vormittags zu verlegen.

**Voll-Schauspiel Detigheim (bei Rastatt).**  
**Wilhelm Tell**  
 Spieltage: alle Sonn- und Feiertage bis Ende September.  
 Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr.  
 Preise der Plätze: Stehplatz 2 Mk. für Kinder 1 Mk.; Sitzplätze: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 Mk.  
 Vorverkauf: Detigheim: Theaterkasse, Telefon Nr. 61 Rastatt. Karlsruhe: Herder'sche Verlagsbuchhandlung, Tel. Nr. 1286; Zeitungskioske beim Hotel Germania und Buchhandlung Strauß, Baumeisterstr. 4, Telefon 2261. R.437  
 Jugendreise nach Fahrplan.

**Baubund - Möbel**  
 WOHN- UND ESS-ZIMMER  
 HERREN - ZIMMER  
 SCHLAF - ZIMMER  
 KÜCHEN usw.

in solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis u. Formgebung angepaßt.

bei der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft  
**Badischer Baubund** G. m. b. H.  
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22  
 Eckhaus Rondellplatz Fernsprecher 6167  
 Täglich geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.

**Achtung! Fassen Sie Ihr Glück! Achtung!**  
**Große Wohlfahrts-Geld-Lotterie**  
 zu Gunsten der Auslandsdeutschen  
**1 Million Mark.**

Ziehung 18.-24. August 1921

Hauptgewinn	100 000 Mark
"	80 000 "
"	70 000 "
"	60 000 "
"	50 000 "

Lose zum amtlichen Preis von 6 Mk. für Porto u. Liste 1.50 Mk. — 10 Lose gut sortiert 60 Mk. — versendet 8.496

**Lotterie-Bank Otto Schlender**  
 Hamburg 22, Weidestraße 77.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für unsere Schuhwaren-Abteilung tüchtige, jüngere

**Verkäuferin.**

Nur durchaus branchekundige Bewerberinnen wollen Offerten mit Zeugnisabschriften, Bild, sowie Gehaltsansprüchen einreichen. R.509

**B. Stern, Offenburg** (Baden).

**Bauarbeitergenossenschaft**  
**"Selbsthilfe" e. G. m. b. H.**  
 Karlsruhe Wilhelmstraße 47  
 Postscheckkonto Nr. 10661 Telephone Nr. 5200  
 Bankkonto: Strauß & Co. R.432

**Übernahme sämtlicher Erd-, Maurer-, Beton-, Zimmer-, Gipser-, Steinhauer- und Dachdeckerarbeiten**

unter Zusicherung solider und sauberer Ausführung bei **mäßigen Preisen**. Besonders günstige Bedingungen bei **Reparaturen und Umbauten**.

Durch eine Ergänzung der Weinsteuerausführungsbestimmungen sind die **Wirt- und Kleinverläufer, die lediglich inländischen Wein vom Faß verschütten**, gewissen steuerlichen Überwachungsmaßnahmen unterworfen worden. Diese Wirt- und Kleinverläufer müssen ihre Betriebe **spätestens bis zum 1. September ds. Jrs.** bei der unterzeichneten Behörde anmelden. Vordrucke für die Anmeldungen sind bei dieser Stelle erhältlich. R.524

Wer seinen Betrieb nicht oder verspätet anmeldet, hat Bestrafung auf Grund der Bestimmungen des Weinsteuergesetzes zu gewärtigen.

**Karlsruhe, den 9. August 1921.**  
 Hauptkommissar.

**Amtliche Eilgut-Bestätterei**

Der unterzeichneten Firma  
**Werner & Gärtner**  
 wurde von der Eisenbahn-Generaldirektion die

**amtliche Eilgutbestätterei**

die bisher die Firma v. Steffelin inne hatte, ab 15. August ds. J. übertragen.

In der An- und Abfuhr der Eilgüter tritt keinerlei Änderung ein, und wir machen darauf aufmerksam, daß die ankommenden Eilgüter von der Eisenbahnverwaltung uns zur Zufuhr ohne weiteres überwiesen werden und besondere Vollmachten deshalb nicht erforderlich sind.

**Eilgutbestätterei-Tel.-Nr. ab 15. 8.: 2980**  
**Werner & Gärtner**  
 Amtliche Eilgutbestätterei  
 Karlsruhe Hauptbahnhof R.508

Soeben erschien:

**Indexziffern im Inland u. im Ausland**

Eine kritische Studie von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann  
 127 Seiten. Preis 20 Mark.

Inhaltsverzeichnis: Allgemeines — Indexziffern von Calwer / Elsaß / Günther / Berechnungen von Kuczyński / Silberleit / Indexziffern von Schmitz / Sauerbeck / Amsterdam / Basel / Bern / Indexziffern Ludwigshafen / Mannheim / Berechnungen Nürnberg / Indexziffern Straßburg / Stuttgart / Wien / Zürich / Frankfurter Zeitung / Londoner Zeitung The Times / Neue Züricher Zeitung / Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik / Teuerungszahlen der deutschen Gemeinden / Indexziffern der deutschen Gemeinden / des statistischen Reichsamts / im österreichischen Volkswirt / Economist / Board of Trade (Labour Gazette) / Zeitschrift für schweizerische Statistik / Amerika / Kanada / Frankreich / Italien / Spanien / Schweden / Dänemark / Finnland / Niederlande / Tschechoslowakia / Australien / Japan / Schlussbemerkungen.

Allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Reichs- und Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenorganisationen, Handelskammern, Handwerkskammern, Fabrikbetrieben, Handelsunternehmungen, Rechtsanwälten usw. die sich mit Preisbewegung, Teuerungszahlen, Kosten der Lebenshaltung, Existenzminimum, Ortsklasseneinreihung, Lohnfragen, Gehaltsbemessung usw. zu befassen haben, wird dieses Standard- und Nachschlagewerk, dem dauernd Wert beizumessen ist, höchst willkommen sein.

Bestellungen übernimmt jede Buchhandlung und der Verlag  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.**  
 Karlsruherstraße 14.

**Zentral-Güterrechts-Register für Baden.**

Baden. 1.474 Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 460: Jakob, Franz, Schuhmacher in Baden-Baden, u. Anna geb. Burtz, Vertrag vom 19. Juli 1921. Gütertrennung.

Band II Seite 461: Hübers, Heinrich, Kaufmann in Baden-Baden, und Maria geb. Ruchbar, Vertrag vom 20. Juli 1921. Gütertrennung.

Baden, 4. August 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bruchsal. 1.494 Güterrechtsregister - Eintrag Band III Seite 61: Gustav Mählhoff, Obermonteur in Bruchsal, und Anna geb. Huber, Vertrag vom 27. Juli 1921. Errungenschaftsgemeinschaft des V.G.B. Bruchsal, 30. Juli 1921. Amtsgericht.

Durlach. Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 481. Holzappel, Georg, Maurer in Durlach, und Holzappel, Wilhelm Witte Vertrag vom 4. Juli 1921. Gütertrennung. Amtsgericht.

Freiburg. 1.474 Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 383: Huber, Franz Emil, Fabrikant in Schwenningen, und Frieda geb. Schmidt, Vertrag vom 23. Febr. 1921. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut. Schwenningen, 4. Aug. 1921. Amtsgericht 2.

Freiburg. 1.407 Güterrechtsregister Seite 489: Josef Koch, Bädermeister in Schonach, und Marianne geb. Wehner, Vertrag vom 21. Juli 1921. Gütertrennung.

Freiburg, 30. Juli 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Weinheim. 1.476 Güterrechtsregister - Eintrag Band I Seite 445: Adel, Adam, Schaffner in Heddesheim, und Margareta geb. Köhler, Vertrag vom 26. Juli 1921. Gütertrennung.

Weinheim, 2. August 1921. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Schiffert, Versicherungsbeamter, und Emilie geb. Schneider in Mannheim. Vertrag vom 18. Juli 1921. Gütertrennung.

5. Seite 356: Josef Daniel, Kaufmann, und Luise geb. Neureuther in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 B.G.B. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

6. Seite 357: Theodor Grot, Schlosser, und Theodora geb. Krenz in Mannheim - Heidenheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 B.G.B. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

7. Seite 358: Heinrich Roth, Bürogehilfe, und Elise Barbara geb. Wehler in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 B.G.B. zustehende

Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

8. Seite 359: Georg Wilhelm Unger, Schifffahrer, und Elise Margarete geb. Herges in Mannheim. Vertrag vom 26. Juli 1921. Gütertrennung.

Mannheim, 30. Juli 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Mannheim. 1.495 Zum Güterrechtsregister Band XIV D.-S. 360 wurde heute eingetragen: Heinrich Fiedler, Lokomotivführer, und Magdalena geborene Kneiler in Mannheim. Vertrag vom 4. Juli 1921. Gütertrennung.

Mannheim, 6. Aug. 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Forstheim. 1.475 Güterrechtsregister - Eintrag. Schäffer, Isacel, Kaufmann zu Forstheim, und Frieda geb. Liebmann. Vertrag vom 28. Juli 1921. Gütertrennung. Amtsgericht Forstheim.

**Stadt. Konzerthaus.**  
 Donnerstag, 11. August,  
 7 bis geg. 10 Uhr 12.20 M.  
**Die Geisha.**

**Elektromophon**  
 Generalvertreter für Baden:  
**J. KUNZ**  
 Pianohaus  
 Karl-Friedrichstr. 21  
 2713 Telefon 2713

1.513. Forstheim. Über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Harms, Inhaber der Firma Fritz Harms, Schmudbarengroßhandlung in Forstheim, wurde heute am 6. August 1921, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Herr Rechtsanwalt Stöjer in Forstheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Oktober 1921 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 6 zur Beschlusfassung über die Verbeibaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Dienstag, den 6. September 1921, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, den 28. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zum Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Befriedigung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. September 1921 Anzeige zu machen.

Forstheim, 6. August 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. B.

**Verlangen Sie überall**

**RIEMPP**

fst. geröst. **Kaffee**  
 verschied. Preislagen offen u. abgepackt

**Mischung**  
 mit 10-25-50% Bohnenkaffee 1/2 Pfd. Pakete

**Kaffee-Zusatz**  
 beste Rohstoffe 1/2 Pfd. Pakete.

**CHRISTIAN RIEMPP**  
 KARLSRUHE  
 KAFFEE-IMPORFODROSSOBERE  
 COLONNADEN-GROSSHANDLUNG  
 ESSENZ-EXTRA  
 GEWÜRZMÜHLEN

**Sie erhalten Qualität!**

**Kindermädchen**

aus besserer Familie zu 2 Kindern **sofort gesucht.**  
 Frau Otto Klammer,  
 Forstheim, Baumstr. 17. II.

Für den Neubau der Ing.-Abtlg. der Techn. Hochschule werden Gegenstände der inneren Einrichtung Schreinerarbeiten und Möbel im Wege der öffentlichen Angebote nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 ausgeschrieben. Unterlagen werden auf dem Baubüro, Kaiserstr. 6, gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Zeichnungen liegen zur Einsicht auf. Die Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis Donnerstag, den 18. August, vormittags 11 Uhr, ebenda abzugeben. Öffnung der Angebote findet vor etwa erscheinenden Unternehmern oder deren Stellvertretern statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen vom Tage der Öffnung der Angebote ab gerechnet. Anlage oder teilweise Besichtigung der Angebote bleibt vorbehalten. R.512.21  
 Die Bauleitung.